

Stellungnahme der Gemeinde

nach § 63 Abs. 3 BbgBO

Aktenzeichen BA-Bauge-2011/03-0016
Aktenzeichen der unteren Bauaufsichtsbehörde Az.: 63-00569-11-02

1. Antragsteller / Bauherr / Bauherrengemeinschaft

Name / Firma Müller	Vorname Heike	Telefon / Fax / E-Mail
Straße, Hausnummer Baumschulenweg 34	Land, PLZ, Ort D-01234 Musterstadt	

1.1 Baugrundstück

Gemarkung Musterstadt	Flur 16	Flurstück(e) 72
Straße, Hausnummer Baumschulenweg 34	PLZ, Ort D-01234 Musterstadt	

2. Bebauungsplan (§ 30 BauGB)

Das Vorhaben liegt	
<input type="checkbox"/>	im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 1 BauGB)
<input type="checkbox"/>	im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 2 i.V. m. § 12 BauGB)
Nr. / Bezeichnung des Bebauungsplanes	Gebietsart nach der BauNVO
Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

3. Innenbereich (§ 34 BauGB)

Das Vorhaben liegt	
<input checked="" type="checkbox"/>	innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)
<input type="checkbox"/>	im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplanes (§ 30 Abs. 3, § 34 Abs. 1 BauGB)
Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem der Baugebiete nach der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB) <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gebietscharakter nach § <input type="text" value="4"/>	BauNVO: <input type="text" value="Allgemeines Wohngebiet"/>
Das Bauvorhaben hält den Rahmen der vorhandenen Bebauung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB) <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Das Bauvorhaben hält die gebotene Rücksichtnahme auf die Umgebung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB) <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Der Gewerbe- oder Handwerksbetrieb kann trotz Abweichung von der Eigenart der näheren Umgebung zugelassen werden (§ 34 Abs. 3a Satz 1 BauGB) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Es liegt eine Satzung vor nach	
<input type="checkbox"/>	§ 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB
<input type="checkbox"/>	§ 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB
<input type="checkbox"/>	§ 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB

4. Außenbereich (§ 35 BauGB)

Das Vorhaben liegt		Gebietsart nach BauNVO
<input type="checkbox"/>	im Außenbereich (§ 35 BauGB)	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplanes	
<input type="checkbox"/>	Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. <input type="text"/> BauGB	
<input type="checkbox"/>	Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 2 BauGB	
<input type="checkbox"/>	Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. <input type="text"/> Buchstabe <input type="text"/> BauGB	

5. Planreife (§ 33 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, dessen Aufstellung beschlossen ist (§ 33 BauGB)		
Nr. / Bezeichnung des Bebauungsplanes	Gebietsart nach der BauNVO	
Besitzt der Bebauungsplan die formelle Planreife nach § 33 Abs. 1 Nr. 1 BauGB?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Das Vorhaben entspricht den künftigen Festsetzungen	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt (Erklärung nach § 33 BauGB liegt bei)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Das Vorhaben kann vor Durchführung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zugelassen werden (§ 33 Abs. 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Die Beteiligung nach § 33 Abs. 2 Satz 2 BauGB wurde durchgeführt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

6. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)

Das Einvernehmen (§ 36 BauGB) wird für das genehmigungspflichtige Vorhaben erteilt zu			
Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB	<input type="checkbox"/> entfällt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB	<input type="checkbox"/> entfällt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

7. Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen (§§ 14, 15 BauGB)

Das Vorhaben liegt	
<input type="checkbox"/> im Geltungsbereich folgender Veränderungssperre nach § 14 BauGB	
Nr. / Bezeichnung der Veränderungssperre	
Zu Ausnahmen von der Veränderungssperre wird das Einvernehmen erteilt	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Die Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 BauGB wird beantragt Begründung siehe unter Nr. 15	

8. Örtliche Bauvorschriften (§ 81 BbgBO)

<input checked="" type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgender örtlicher Bauvorschriften nach § 81 BbgBO		
Nr. / Bezeichnung der örtlichen Bauvorschrift	In-Kraft-Treten am:	Fundstelle:
Stellplatzsatzung der Stadt Musterstadt vom 13.05.2010		
Das Einvernehmen (§ 36 BauGB) zu Abweichungen für das genehmigungspflichtige Vorhaben wird erteilt (§ 60 Abs. 2 BbgBO)		
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

9. Benutzbarkeit der Zufahrtswege (§ 4 BbgBO)

Die Zufahrt ist gesichert	
<input checked="" type="checkbox"/> durch die Lage des Grundstücks in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche (§ 4 Abs. 1 Nr. 2, 1. Alternative BbgBO)	
<input type="checkbox"/> durch eine befahrbare, rechtlich gesicherte Zufahrt (§ 4 Abs. 1 Nr. 2, 2. Alternative BbgBO)	
<input type="checkbox"/> durch einen Wohnweg von nicht mehr als 50 m Länge (§ 4 Abs. 1 Nr. 2, 3. Alternative BbgBO)	
<input type="checkbox"/> Die Zufahrt ist nicht gesichert	<input type="checkbox"/> Die Zufahrt ist nicht erforderlich
Die Zufahrtswege sind benutzbar ab: <input type="text"/>	

10. Benutzbarkeit der Wasserversorgungsanlagen (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 37 BbgBO)

Die Wasserversorgung ist gesichert durch zentrale Wasserversorgung eigenen Brunnen die Wasserversorgung ist nicht erforderlich ab: _____

Zur Brandbekämpfung steht eine ausreichende Menge Wasser zur Verfügung ja nein

Die Bestätigung der für die Wasserversorgung zuständigen Körperschaft liegt bei

11. Benutzbarkeit der Abwasserbeseitigungsanlagen (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 38 BbgBO)

Die Abwasserbeseitigung ist gesichert durch Kanalisation Kleinkläranlage Sammelgrube Sickeranlage die Abwasserbeseitigung ist nicht erforderlich ab: _____

Die regelmäßige Entleerung der Sammelgrube und die einwandfreie und schadlose Abwasserbehandlung in einer Abwasserbehandlungsanlage sind gewährleistet.

Die Bestätigung der abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaft liegt bei

12. Schutzgebiete

Das Grundstück liegt

im Naturschutz- / Landschaftsschutzgebiet

im Wasserschutzgebiet

im Überschwemmungsgebiet

im Bauschutzbereich

in einem sonstigen Schutzgebiet _____

13. Denkmalschutz

Das Vorhaben betrifft ein Denkmal oder liegt in der Umgebung eines Denkmals

Das Denkmal ist im Verzeichnis der Denkmale eingetragen (§ 9 BbgDSchG)

Nr. / Bezeichnung _____

Das Denkmal ist vorläufig unter Schutz gestellt

Anordnung Nr. _____ vom _____

14. Sonstige Angaben

Das Vorhaben liegt in einem Umlegungsgebiet nach § 52 BauGB ja nein

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 142 BauGB ja nein

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 172 BauGB ja nein

Das Vorhaben liegt im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens

Bezeichnung: _____

Das Grundstück liegt in der Nähe (bitte Entfernung in Meter angeben)

<input type="checkbox"/> einer Bundesautobahn	<input type="text"/>	Meter	<input type="checkbox"/> eines Flughafens/ einer Flugsicherungsanlage	<input type="text"/>	Meter
<input type="checkbox"/> einer Bundesstraße	<input type="text"/>	Meter	<input type="checkbox"/> eines militärischen Schutzbereiches	<input type="text"/>	Meter
<input type="checkbox"/> einer Landesstraße	<input type="text"/>	Meter	<input type="checkbox"/> eines öffentlichen Gewässers	<input type="text"/>	Meter
<input type="checkbox"/> einer Kreisstraße	<input type="text"/>	Meter	<input type="checkbox"/> einer _____ kV -Starkstromleitung	<input type="text"/>	Meter
<input checked="" type="checkbox"/> einer kommunalen Straße	0	Meter	<input type="checkbox"/> eines Waldes	<input type="text"/>	Meter
<input type="checkbox"/> einer Eisenbahnanlage	<input type="text"/>	Meter	<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____	<input type="text"/>	Meter

15. Fachbehördliche Stellungnahme der Gemeinde (§ 63 Abs. 3 BbgBO)

16. Unterschrift und Stempel

Ort, Datum
Musterstadt, den 16.03.2016
Unterschrift
Angelika Greger

(Stempel)

17. Prüfung der Fristen (erfolgt durch die untere Bauaufsichtsbehörde)

Die Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 63 Abs. 4 BbgBO	
<input type="checkbox"/> einen Monat	<input type="checkbox"/> zwei Wochen (in Fällen der §§ 57 und 58 BbgBO)
Fristbeginn	<input type="text"/>
Fristende	<input type="text"/>
	Datum
	Unterschrift

18. Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde (§ 36 BauGB)

Der Bauantrag ist eingegangen am	<input type="text" value="19.02.2016"/>
Die Frist des § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB endet am	<input type="text" value="21.05.2011"/>
Das Bauvorhaben wurde behandelt	
<input checked="" type="checkbox"/> als Angelegenheit der laufenden Verwaltung	<input type="checkbox"/> mit Beschluss vom <input type="text"/>
Das Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

19. Bauplanungsrechtliche Begründung für die Versagung des Einvernehmens

20. Unterschrift und Stempel

Ort, Datum	Musterstadt, den 16.03.2016
Unterschrift	Angelika Greger

(Stempel)

21. Prüfung der Fristen (erfolgt durch die untere Bauaufsichtsbehörde)

Die Frist zur Erklärung des Einvernehmens beträgt gemäß § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB zwei Monate	
Fristbeginn	<input type="text"/>
Fristende	<input type="text"/>
verfristet	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Datum	<input type="text"/>
Unterschrift	<input type="text"/>

22. Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde zur sanierungs- oder entwicklungsrechtlichen Genehmigung (§ 145 Abs. 1 BauGB)

Der Bauantrag ist eingegangen am	19.02.2016
Das Bauvorhaben wurde behandelt	
<input type="checkbox"/> als Angelegenheit der laufenden Verwaltung	<input type="checkbox"/> mit Beschluss vom <input style="width: 150px;" type="text"/>
Das Einvernehmen zur sanierungsrechtlichen Genehmigung wird erteilt (§ 145 Abs. 1 Satz 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Einvernehmen zur entwicklungsrechtlichen Genehmigung wird erteilt (§ 169 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 145 Abs. 1 Satz 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

23. Städtebauliche Begründung für die Versagung des Einvernehmens

24. Unterschrift und Stempel

Ort, Datum Musterstadt, den 16.03.2016
Unterschrift Angelika Greger

(Stempel)

25. Prüfung der Fristen (erfolgt durch die untere Bauaufsichtsbehörde)

Die Frist zur Erklärung des Einvernehmens beträgt gemäß § 36 Abs. 2 Satz 2 BauGB zwei Monate			
Fristbeginn <input style="width: 100px;" type="text"/>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="padding: 2px;">Datum</td></tr> <tr><td style="padding: 2px;">Unterschrift</td></tr> </table>	Datum	Unterschrift
Datum			
Unterschrift			
Fristende <input style="width: 100px;" type="text"/>			
verfristet <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

<p>Genehmigungsfrist</p> <p>Der Bauantrag ist eingegangen am <input style="width: 100px;" type="text"/></p> <p>Fristende am (§ 22 Abs. 5 Satz 2 BauGB) <input style="width: 100px;" type="text"/></p>	<p>Fristverlängerung durch die Bauaufsichtsbehörde</p> <p>Der Bauantrag ist eingegangen am <input style="width: 100px;" type="text"/></p> <p>Fristende am (§ 22 Abs. 5 Satz 2 BauGB) <input style="width: 100px;" type="text"/></p>
--	--